

# „Keinen Cent mehr“ für den Ludwigspark

Die große Koalition fordert, dass Saarbrücken die Kostenexplosion alleine stemmt. Ist das Stadion am Ende gar nicht Bundesliga-tauglich?

VON UTE KIRCH

**SAARBÜCKEN** Wer wusste wann von der Kostenexplosion beim Stadionumbau des Saarbrücker Ludwigsparks – und wer muss sich an den Mehrkosten von geschätzt acht Millionen Euro beteiligen? Bislang bekannt ist dies: Der Ludwigspark wird statt 20 vermutlich 28 Millionen Euro kosten. Die Stadt ist Bauherrin, das Land sollte bislang aber den größten Teil der Kosten, nämlich 15 Millionen Euro, übernehmen. Die beiden Landesvertreter im Aufsichtsrat der Stadion-Gesellschaft, Stefan Pauluhn (SPD) und Klaus Meiser (CDU), haben nach eigenen Worten erst kurz vor der Öffentlichkeit (Donnerstag) von der massiven Kostensteigerung erfahren.

In der bisher letzten Aufsichtsratssitzung im Dezember seien sie über die Angebote informiert worden, die auf die Ausschreibung hin eingegangen waren. „Die dort genannte Summe lag deutlich unter dem Wert, der jetzt als Prognose für die Kostensteigerung für die Gesamtbaumaßnahme in Rede steht“, sagte SPD-Fraktionschef Stefan Pauluhn. Er nannte aber keine Zahlen. Pauluhn und Meiser betonten zudem, dass das Gremium gar keine Entscheidungskompetenz habe und lediglich ein „Beirat“ sei. Nach Angaben der Landeshauptstadt heißt das Gremium offiziell Aufsichtsrat. „Seine einzige Funktion ist es, mit darauf ein Auge zu legen, dass wegen der horrenden Zuschüsse des Landes dort auch eine vernünftige Umsetzung der Maßnahme geschieht“, sagte Pauluhn. Bis Mitte 2016 sei das



Der Abriss ist im Ludwigspark in vollem Gange – doch über die Pläne des Wiederaufbaus gibt es Streit.

FOTO: BECKER&BREDEL

Gremium noch ein richtiger Aufsichtsrat mit Entscheidungskompetenz gewesen. „Doch ab einem gewissen Planungsstand bei den Ausschreibungen wurde der Aufsichtsrat ein Beirat mit allein beratender Funktion“, sagte Meiser. Das bestätigt auch die Stadt.

Verantwortlich für den Anstieg sei allein die Landeshauptstadt. „Was sich jetzt an Kostensteigerungen abspielt, ist unerträglich. Es wird keinen Cent mehr des Lan-

des geben für solche Missplanungen“, sagte CDU-Fraktionschef Tobias Hans. Diese Linie, die auch das Innenministerium vertritt, unterstützt auch Pauluhn: „Alles, was die Baumaßnahme jetzt teurer macht, muss die Stadt entweder über Privatinvestoren oder den städtischen Haushalt abdecken.“ Stadt und Finanzministerium müssten über mögliche Änderungen der Umbaupläne sprechen. Dies könne die Kosten senken.

Die Position des Landes ist für die Opposition im Landtag nicht nachvollziehbar. Sie ist der Auffassung, dass das Land auf die Mittelvergabe achten müsse. „Es ist eine bequeme Art, sich aus der Verantwortung zu stehlen, wenn man sagt: Die Stadt soll jetzt alles machen“, sagt Linken-Fraktionschef Oskar Lafontaine. Die Piraten glauben nicht, dass das Land am Ende die Stadt hängen lassen wird: „Niemand wird da so eine Bauruine ste-

hen lassen, wenn es hart auf hart kommt. Denn dann ist ein etwas teureres Stadion besser als gar kein Stadion, für das man schon viel Geld ausgegeben hat“, so Fraktionschef Michael Hilberer. „Das Ende der Fahnenstange ist mit den 28 Millionen Euro vielleicht auch noch nicht erreicht“, mutmaßt Grünen-Fraktionsvize Klaus Kessler. Das Stadion drohe, zu einem „Fünften Pavillon“ zu werden. Offen ist laut CDU und SPD, ob

## INFO

### Die Stadion-Gesellschaft

**Verantwortlich** für den Umbau ist die 2013 gegründete Projektgesellschaft Sanierung Ludwigsparkstadion mbH (Geschäftsführer Jürgen Schäfer). Die Stadt Saarbrücken hält 100 Prozent an der Gesellschaft. Im Aufsichtsrat – der inzwischen aber nur noch beratende Funktion hat – sitzen OB Charlotte Britz (Vorsitzende, SPD), der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Peter Bauer, sowie für das Land Klaus Meiser (CDU) und Stefan Pauluhn (SPD).

die 15 Millionen Euro des Landes überhaupt fließen werden. Denn selbst wenn der Ludwigspark für 28 Millionen Euro umgebaut würde, sei nicht klar, ob er den Anforderungen des DFB an ein zweitligataugliches Stadion entspricht. „Der DFB sagt ganz klar, das funktioniert so nicht. Die Fanströme von Gastmannschaft und Heimmannschaft überkreuzen sich“, sagt Tobias Hans. „Ich hätte die Erwartung, dass die Saarbrücker Oberbürgermeisterin den Stadionumbau endlich zur Chefsache macht und nicht andere vorschiebt“, sagte CDU-Fraktionschef Tobias Hans. Vorwürfe der Opposition, das Land habe als Hauptgeldgeber auch die Verantwortung, über die Mittelvergabe zu wachen, weist er zurück. Dies sei – wie auch jede vom Land geförderte Straßensanierung – eine kommunale Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung.

## Die „Blaue Mauritius“ des Saarlandes

Weil der Ansturm auf die Jubiläums-Briefmarken so groß war, hat die Landesregierung noch einmal 750 Exemplare nachgeliefert.

VON DIETMAR KLOSTERMANN

**SAARBÜCKEN** Ein voller Erfolg der CDU/SPD-Landesregierung ist der Verkauf von 70-Cent-Briefmarken der Deutschen Post mit saarländischen Motiven gewesen. „Wir haben jetzt noch einmal 750 Briefmarken an Interessenten nachgeliefert. Damit endet jedoch die Aktion“, sagte der Sprecher der Staatskanzlei, Thorsten Klein, der SZ auf Anfrage.

Am Neujahrstag hatte es einen großen Ansturm auf die Staatskanzlei am Ludwigplatz in Saarbrücken gegeben, als Kabinettsmitglieder unter der Führung der Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) die Briefmarken verkaufen. Hintergrund der Sondermarken-Edition

war der Anschluss des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland am 1. Januar 1957, also vor 60 Jahren. Bürger hatten zuvor über sechs Motive eines Zehner-Briefmarken-Blocks abstimmen können. So sind jetzt die Saarschleife, die Ludwigskirche, das Neunkircher Eisenwerk, das Ensdorfer Saarpolygon, die Kirkeler Burg und der Bostalsee als Farbfotos auf den Marken zu sehen. Hinzu kommen zwei Schwarzweiß-Fotos von der Saar-Abstimmung 1955 und dem Besuch des CDU-Bundeskanzlers Konrad Adenauer 1957 in Saarbrücken. Die restlichen zwei 70-Cent-Marken sind mit Wappen des Saarlands und der Aufschrift „60 Jahre Saarland“ verziert. „Am Neujahrstag wurden alle vorhandenen 3000 Briefmar-



Eine der Sondermarken zeigt Kanzler Konrad Adenauer.

FOTO: STAATSKANZLEI

ken verkauft“, sagte Klein. Pro Person seien höchstens fünf Markenstücke abgegeben worden.

Ein SZ-Leserreporter berichtete, dass er am Neujahrstag nicht mehr zum Zuge gekommen sei

und seine Briefmarken-Bestellung in der Staatskanzlei hinterlassen habe. „Es freut mich, dass mir die Marken jetzt zugesandt worden sind“, so der Leser, der anonym bleiben will. Damit habe er nicht gerechnet und rechne es der Landesregierung daher hoch an.

Regierungssprecher Klein hatte für die Käufer eine noch erfreulichere Botschaft parat. „Das wird dann irgendwann die ‚Blaue Mauritius‘ des Saarlands“, sagte Klein in Anspielung auf die teuerste und seltenste Briefmarke der Welt. Ein Exemplar dieser Marke wechselte 2011 in einem Londoner Auktionshaus für etwa eine Million Euro den Besitzer. Da passt dann auch das Saarland-Motto „Großes entsteht immer im Kleinen“.

## MELDUNGEN

### Achtung, auf diesen Strecken wird geblitzt

**SAARBÜCKEN** (red) Die Polizei hat für heute folgende Geschwindigkeitskontrollen angekündigt: in Hüttersdorf und auf der A 8 zwischen der Landesgrenze zu Luxemburg und Merzig.

### Durchsuchungen wegen Sozialbetrugs

**SAARBÜCKEN** (red) Die Polizei hat am Samstag neun Privathäuser und Geschäftsräume in Neunkirchen, St. Ingbert, Bexbach und Saarbrücken wegen des Verdachts des banden- und gewerbsmäßigen Betruges durchsucht. Laut Polizei werden vier Personen verdächtigt, für EU-Bürger aus Osteuropa falsche Arbeitsverträge erstellt und damit unrechtmäßig Sozialleistungen bezogen zu haben.

## Neue Idee zur Finanzierung der Kliniken

VON DANIEL KIRCH

**SAARBÜCKEN** Die gesetzliche Krankenkasse Barmer, im Saarland mit 128 000 Versicherten die Nummer drei hinter AOK und IKK Südwest, macht sich für eine Reform der Krankenhausfinanzierung stark. Landesgeschäftsführerin Dunja Kleis schlug in einem SZ-Gespräch vor, dass sich – neben dem Land – in Zukunft auch der Bund und die Kassen an der Finan-

zierung der Investitionskosten beteiligen. „Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass jeder ein Drittel übernimmt“, sagte Kleis. Im Gegenzug müssten die Kassen aber auch an der Krankenhausplanung der Länder und an der Entscheidung über Investitionen an Krankenhäusern beteiligt werden.

Bislang sind die Kassen nur für die Finanzierung der Behandlungskosten zuständig, während die Bundesländer die Investitionskosten etwa für Gebäude-Sanierungen oder medizinische Geräte tragen müssen. In der Realität kommen die Bundesländer dieser

Aufgabe aber nicht ausreichend nach. Das Saarland zahlt 28,5 Millionen Euro; nötig wären nach Ansicht der Krankenhausträger und der Kassen 70 bis 80 Millionen. Die nun zugesagte Erhöhung um vier Millionen ab 2018 sei ein kleiner Schritt, der die Probleme aber nicht lösen werde, sagte Kleis. Sie erhoffe sich durch eine Beteiligung der Kassen an der Krankenhausplanung auch einen Schub für veränderte Krankenhausstrukturen.

Die saarländische Krankenhauslandschaft sei mit 22 Kliniken zu kleinteilig, es gebe zu wenig Spezialisierung und zu viele Doppel-

strukturen. Dies führe zu einem ruinösen Wettbewerb. Kleis sagte, sie begrüße sehr, dass das Gesundheitsministerium diese Problematik im nächsten Krankenhausplan (2018-2015) aufgreifen wolle. Auch müssten Qualitätsindikatoren darin eine stärkere Rolle spielen. Ein Krankenhaus, das etwa bei einer bestimmten OP eine bestimmte Mindestmenge nicht erreiche, solle diese nicht mehr durchführen dürfen. Die Barmer regt zudem an, den stationären und den ambulanten Sektor bei der Bedarfsplanung und der Versorgung besser aufeinander abzustimmen.

## KOMMENTAR

### Die einzig realistische Lösung

Jeder in der Gesundheitsbranche weiß längst, dass das Saarland nie und nimmer die Summe zur Krankenhausfinanzierung wird aufbringen können, die eigentlich nötig wäre. 70 oder 80 Millionen Euro pro Jahr sind völlig utopisch, es sei denn, es regnet Geld vom Himmel. Weil es anderen Bundesländern ähnlich ergeht, wird am Ende gar nichts anderes übrig bleiben, als neue Geldgeber zu suchen. Nicht alle werden es gutheißen, Bund und/oder Krankenkassen zu beteiligen, weil diese dann auch bei der

Krankenhausplanung mitreden wollen. Sie werden auf weniger Standorte drängen. Aber alles so zu belassen wie bisher, mit ein paar kosmetischen Korrekturen, ist sicher auch keine Lösung.



DANIEL KIRCH